

## Fragen

für die Fragestunde der 45. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 9. Juni 2010

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	92	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	71, 72
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	3, 91	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	1, 2
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	22, 73	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	67, 68
Bender, Birgitt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	64, 65	Klingbeil, Lars (SPD) .....	8, 9
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.) .....	43	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	61, 62
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	13, 90	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	77, 78
Dittrich, Heidrun (DIE LINKE.) .....	46	Kramme, Anette (SPD) .....	38, 39
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	63	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.) .....	40, 41
Duin, Garrelt (SPD) .....	76	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	34, 35
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.) .....	83	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	48, 49
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79	Lötzsch, Dr. Gesine (DIE LINKE.) .....	36, 37
Groth, Annette (DIE LINKE.) .....	87, 88	Mast, Katja (SPD) .....	47
Hacker, Hans-Joachim (SPD) .....	19	Mattheis, Hilde (SPD) .....	51, 52
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	85, 86	Möhring, Cornelia (DIE LINKE.) .....	42
Heil, Hurbertus (Peine) (SPD) .....	50	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	27, 28	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	89
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD) .....	20, 21	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	25, 26
Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	81	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	4, 5
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	10, 29		
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.) .....	16, 17		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Seifert, Dr. Ilja (DIE LINKE.)	55, 56
Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75	Steffen, Sonja (SPD)	11, 12
Paula, Heinz (SPD)	57, 58	Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Röspel, René (SPD)	14, 80	Dr. Volkmer, Marlies (SPD)	70
Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	82	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	69
Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66	Ziegler, Dagmar (SPD)	18
Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	53, 54	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	44, 45

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	23
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	23



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

1. Abgeordneter  
**Memet  
Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Was ist konkret mit der im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz aufgestellten Forderung gemeint, Zuwanderer müssten sich an die auf Geschichte und Kultur Deutschlands beruhenden Orientierungen anpassen?
2. Abgeordneter  
**Memet  
Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Inwiefern sind solche Forderungen mit unserem Grundgesetz vereinbar?
3. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Amnesty-International-Jahresbericht 2009 zur Menschenrechtslage in Deutschland, in dem die Bundesrepublik Deutschland dafür kritisiert wird, dass sie das absolute Folterverbot bei Abschiebungen in „Folterstaaten“ (z. B. Tunesien und Syrien) nicht ausreichend ernst nimmt?
4. Abgeordneter  
**Omid  
Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Ab welcher personellen Mindeststärke (jeweils Feldjäger, Polizeiausbilder, Übersetzer) wird ein Police Mentoring Team (PMT) im Rahmen des bilateralen Polizeiprojektes in Afghanistan eingesetzt?
5. Abgeordneter  
**Omid  
Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Inwieweit war das Bundesministerium des Innern (BMI) in der Phase der strategischen Planung und inhaltlichen Ausgestaltung des bilateralen Polizeiprojekts zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte eingebunden, und inwiefern begleitet das BMI die operative Umsetzung des bilateralen Polizeiprojekts in Afghanistan?
6. Abgeordneter  
**Jerzy  
Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich, um ein drohendes Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission mit einer Geldstrafe von mindestens 12,7 Mio. Euro gegen Deutschland wegen mangelhafter Umsetzung der 3. EU-Geldwäsche-Richtlinie (2005/60/EG) abzuwehren?

7. Abgeordneter  
**Jerzy Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die in § 16 des Geldwäschegesetzes (GwG) genannten Aufsichtsbehörden der Kontrolle der in der Richtlinie genannten Berufsgruppen (u. a. Steuerberater, Versicherungsvermittler, Immobilienmakler, Kaskobetreiber, Gold- und Devisenhändler, Juweliere) in ausreichendem Maße nachkommen (vgl. Handelsblatt vom 31. Mai 2010)?
8. Abgeordneter  
**Lars Klingbeil**  
(SPD)      In wie vielen Fällen konnte seit Inkrafttreten des Zugangerschwerungsgesetzes bei einem vom Bundeskriminalamt oder von anderen Einrichtungen wie INHOPE beanstandeten Angebot mit kinderpornographischen Inhalten eine Löschung nicht zeitnah erreicht werden, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hierzu zu den Serverstandorten und den Gründen dazu vor?\*)

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

9. Abgeordneter  
**Lars Klingbeil**  
(SPD)      Wann beabsichtigt die Bundesregierung, das bei der Einbringung der Gesetzentwürfe zur Aufhebung des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen im Februar 2010 angekündigte Löschgesetz vorzulegen, und was soll konkret in diesem Gesetz geregelt werden?\*\*)
10. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Kann die Bundesministerin der Justiz in der Frage etwaiger Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke ein Vorgehen mittragen, das nach gutachterlicher Einschätzung ihres eigenen Hauses „mit einem nicht unerheblichen verfassungsrechtlichen Risiko verbunden wäre“, weil „nicht sicher davon ausgegangen werden [kann], dass das Bundesverfassungsgericht im Streitfall die Zustimmungsbedürftigkeit verneint“ (vgl. Gutachten zur Zustimmungsbedürftigkeit einer Änderung des Atomgesetzes zur Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken vom 1. Juni 2010)?\*\*\*)

\*) Siehe hierzu auch Frage 9.

\*\*) Siehe hierzu auch Frage 8.

\*\*\*) Siehe hierzu auch Frage 29.

11. Abgeordnete  
**Sonja Steffen**  
(SPD) Wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 522 der Zivilprozessordnung vorlegen?
12. Abgeordnete  
**Sonja Steffen**  
(SPD) Wann wird die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigte Regelung zum Schutz von Immobiliendarlehen, eine Abtretung der Darlehensforderung oder die Übertragung des Kreditverhältnisses an ein Unternehmen ohne Banklizenz zukünftig von der Genehmigung des Darlehensnehmers abhängig zu machen, vorlegen, und auf welcher Daten- oder Faktengrundlage beruht der Regelungsentwurf?
13. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.) Inwieweit ist das Ermittlungsverfahren hinsichtlich der Tötung eines Hamas-Führers am 20. Januar 2010 in einem Luxushotel in Dubai abgeschlossen, bei dem über den beschuldigten israelischen Geheimdienst Mossad mehr als 20 Verdächtige für den Anschlag mit Pässen westlicher Staaten nach Dubai eingereist sein sollen, von denen zwölf von ihnen über britische, vier über französische Pässe und einer über einen deutschen Pass verfügt haben sollen, und wenn es abgeschlossen ist, zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung hinsichtlich der Beteiligung des Mossad bzw. anderer israelischer Stellen an der Fälschung deutscher Pässe im Zusammenhang mit der Tötung gekommen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

14. Abgeordneter  
**René Röspel**  
(SPD) Plant die Bundesregierung immer noch die von ihr angekündigte Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung, und wenn ja, wie sollen die steuerlichen Einnahmeausfälle kompensiert werden?
15. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Steuervergünstigungen will die Bundesregierung im Zuge ihrer geplanten Sparmaßnahmen abschaffen, und welche Rolle spielen ökologische Aspekte bei der Auswahl der abzuschaffenden Steuervergünstigungen?

16. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) (Az. C 7/2010) im Hinblick auf § 8c Absatz 1a des Körperschaftsteuergesetzes (KStG), und sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf, die sogenannte Sanierungsregel nach § 8c Absatz 1a KStG umzugestalten, so dass keine Bedenken gegen eine mit EU-Recht konforme Regelung entstehen?
17. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung seit meiner diesbezüglichen Mündlichen Frage vom 25. November 2009 (Plenarprotokoll 17/6, Seite 338 C) aus dem Urteil des Bundesfinanzhofes VI R 14/07 hinsichtlich einer systematischen Neuordnung der steuerlichen Berücksichtigung von Ausbildungskosten gezogen, und wird die Bundesregierung zeitnah eine systematische Neuordnung hinsichtlich des Themenkomplexes einer einheitlichen steuerlichen Behandlung der Ausbildungskosten vorlegen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

18. Abgeordnete  
**Dagmar Ziegler**  
(SPD)
- Inwiefern wird sich der Bund an den Kosten der notwendigen Neuanschaffungen drahtloser Produktionsmittel im Rahmen der Änderung der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung beteiligen?
19. Abgeordneter  
**Hans-Joachim Hacker**  
(SPD)
- Welche Ergebnisse wurden bisher bei dem Wettbewerb „Deutschland – Land der Ideen“ hinsichtlich der wirtschaftlichen Wirkungen für den Tourismusstandort Deutschland erreicht?
20. Abgeordnete  
**Gabriele Hiller-Ohm**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen wurden seit der Beschlussfassung des Antrags „Messen und Geschäftsreisen als Chance für den Tourismusstandort Deutschland“ (Bundestagsdrucksachen 16/5958, 16/9255, vgl. Plenarprotokoll 16/179, Seite 19107 C) durch die Bundesregierung umgesetzt, und welche weiteren Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur Stärkung des Messe- und Geschäftsreisetourismus in Deutschland umzusetzen?



- 
21. Abgeordnete  
**Gabriele Hiller-Ohm**  
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der aktuellen Studie „Meeting- & EventBarometer 2010“, die auf der Fachmesse IMEX in Frankfurt (Main) vorgestellt wurde, und welche Handlungsoptionen zur Unterstützung des Tagungs- und Veranstaltungsstandorts Deutschland leitet sie daraus ab?
22. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Ziele zum Ausbau der Offshore-Windkraft bis 2020 und 2030 wurden den Gutachtern, die die Energieszenarien der Bundesregierung erstellen, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vorgegeben?
23. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern, die die Energieszenarien der Bundesregierung erstellen, das Ziel der Gasnetzzugangsverordnung zur Vorgabe gemacht, bis 2020 6 Mrd. m<sup>3</sup> Biomethananteil am Gasverbrauch zu erreichen und 10 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahr 2030?
24. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Ziele für den Ausbau der Photovoltaik bis 2030 und 2050 sollen die Gutachter den Energieszenarien nach den Vorgaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zugrunde legen?
25. Abgeordnete  
**Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorgaben bezüglich zusätzlicher politischer Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs und insbesondere des Stromverbrauchs hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern gemacht, die die Energieszenarien der Bundesregierung erstellen?
26. Abgeordnete  
**Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Ziele zur Steigerung der Energieproduktivität hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern für die Energieszenarien vorgegeben?

27. Abgeordnete  
**Bettina Herlitzius**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern, die die Energieszenarien der Bundesregierung erstellen, die Erreichung des Ziels der Bundesregierung, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf 25 Prozent zu verdoppeln, zur Vorgabe gemacht?
28. Abgeordnete  
**Bettina Herlitzius**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Vorgaben zu den spezifischen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten verschiedener Technologien (Windkraft, CCS, Atomkraft etc.) hat es bisher seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie an die Gutachter gegeben?
29. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Vorgaben hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern, die die Energieszenarien der Bundesregierung erstellen, zu den Kosten der im Fall einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke erforderlichen Sicherheitsnachrüstungen gemacht?\*)
30. Abgeordnete  
**Daniela Wagner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Vorgaben zur Besteuerung von Brennelementen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern, die die Energieszenarien der Bundesregierung erstellen, als Grundlage für ihre Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit der Atomkraft gemacht?
31. Abgeordnete  
**Daniela Wagner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Ziele und Annahmen zur Entwicklung des Stromverbrauchs bis 2020 und 2030 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern vorgegeben?
32. Abgeordnete  
**Dorothea Steiner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Vorgaben bezüglich der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Rahmen der Erstellung der Energieszenarien der Bundesregierung den Gutachtern von EWI und Prognos gemacht?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 10.

33. Abgeordnete  
**Dorothea Steiner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorgaben zur Überwälzung der Kosten für die Sanierung der Schachanlage Asse auf die Atomkraftwerksbetreiber hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern für deren Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit des Weiterbetriebs der Atomkraftwerke gemacht?
34. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorgaben hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Gutachtern, die die Energieszenarien der Bundesregierung erarbeiten, hinsichtlich der Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und insbesondere zur geplanten EEG-Novelle für das Jahr 2012 gemacht?
35. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Annahmen zum Umfang der Versteigerung von Emissionszertifikaten im Rahmen des europäischen Emissionshandels sollen die Gutachter nach den Vorgaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für 2020 und 2030 zugrunde legen?
36. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Löttsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Mitglieder der Bundesregierung oder Vertreter der Bundesregierung nehmen an der Bilderberg-Konferenz in Spanien teil, und fließen deutsche Steuergelder in die Vorbereitung und Durchführung dieser Geheimkonferenz?
37. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Löttsch**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Öffentlichkeit von dieser Konferenz ausgeschlossen ist und dass Journalisten, die Aufnahmen von Besuchern machen wollen, zum Löschen der Bilder aufgefordert werden und wenn sie sich weigern, mit 32 Stunden Arrest bedroht werden, und wird die Bundesregierung sich gegenüber der spanischen Regierung dafür einsetzen, dass die Pressefreiheit auch während der Konferenz gewahrt bleibt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

38. Abgeordnete  
**Anette  
Kramme**  
(SPD)
- Wie hat sich jeweils die Zahl der befristet Beschäftigten in Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsagenturen in getrennter Aufgabenwahrnehmung und Kommunen bzw. ihr Anteil an der Gesamtpersonalkapazität von 2005 bis heute entwickelt, und bis wann ist mit der im Rahmen der Verhandlungen zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende vereinbarten Entfristung von 3 200 Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit zu rechnen, bzw. welche Auswirkungen ergäben sich, wenn diese nicht erfolgen würde?
39. Abgeordnete  
**Anette  
Kramme**  
(SPD)
- Ist die Formulierung „Vertreter von Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes, die Eingliederungsleistungen nach diesem Buch anbieten, dürfen nicht Mitglied des Beirates sein“ in § 18d (Örtlicher Beirat) des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in dem Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende so zu verstehen, dass z. B. ein Wohlfahrtsverband, eine Gewerkschaft oder ein Arbeitgeberverband nicht Mitglied des Beirates sein darf, wenn ein Träger, der Mitglied eines solchen Verbandes ist, Eingliederungsleistungen vor Ort anbietet?
40. Abgeordnete  
**Jutta  
Krellmann**  
(DIE LINKE.)
- Wenn nach eigener Definition der Bundesregierung der missbräuchliche Einsatz von Zeitarbeit dort vorliegt, „wo Zeitarbeit dazu genutzt wird, systematisch Stammbeschäftigte durch Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer zu ersetzen, um die Arbeitsbedingungen der Einsatzbranche zu umgehen und sich den Pflichten eines verantwortungsvollen Arbeitgebers zu entziehen“ (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 8. April 2010 „Leiharbeit in Krankenhäusern“, Bundestagsdrucksache 17/1321), trifft es dann zu, dass aufgrund der Tatsache, dass die Personalservice GmbH (PSG) als hausinterne Leiharbeitsfirma und hundertprozentige Tochter des Universitätsklinikums Essen rund 300 Beschäftigte, die bei der PSG angestellt sind, an das Mutterunternehmen verleiht und diese dort bis zu 30 Prozent weniger Lohn als Festangestellte für die gleiche Arbeit, sechs Tage weniger Urlaub, keine betriebliche Altersvorsorge und keine Jahressonderzahlung erhalten, und dass Beschäftigte mit einem zuvor befristeten Vertrag mit dem Universitätsklinikum nach dessen Auslaufen nur ein Angebot über die PSG als Leiharbeitskraft

bekommen, es sich gemessen an der Definition der Bundesregierung hierbei um einen missbräuchlichen Einsatz von Zeitarbeit handelt?

41. Abgeordnete  
**Jutta  
Krellmann**  
(DIE LINKE.)

Welcher Unterschied besteht nach Ansicht der Bundesregierung zwischen dem Einsatz von Zeitarbeit beim Universitätsklinikum Essen und dessen hausinterner Leiharbeitsfirma PSG, wo Neueinstellungen und Beschäftigungen mit einem befristeten Vertrag mit dem Universitätsklinikum nach dessen Auslaufen häufig nur noch zu deutlich schlechteren Bedingungen über die Leiharbeitsfirma PSG erfolgen, und den von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, auf dem Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 19. Mai 2010 geschilderten Fällen, wonach „Stammebelegschaften rausgeschmissen [werden] und über die Leiharbeit [...] die Stammebelegschaft ersetzt [wird], wie das bei Schlecker der Fall gewesen ist, und zwar zu kleineren Löhnen, zu schlechteren Arbeitsbedingungen. Wir sehen jetzt in einem großen Gesundheitsunternehmen, dass junge Menschen ausgebildet werden, ihnen anschließend aber gesagt wird: Wir haben für Euch in diesem Unternehmen keine Anstellung. Aber wenn Ihr zu der Zeitarbeitsfirma geht, dann könnt Ihr über die Zeitarbeit zu schlechteren Löhnen und schlechteren Bedingungen hier wieder eingestellt werden“?

42. Abgeordnete  
**Cornelia  
Möhring**  
(DIE LINKE.)

Welchen konkreten gesetzlichen Handlungsbedarf zur Vermeidung von Missbrauch in der Leiharbeit gemäß der Definition der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Leiharbeit in Krankenhäusern“ auf Bundestagsdrucksache 17/1321 sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Aussage der Bundesministerin für Arbeit und Soziales auf dem DGB-Bundeskongress am 19. Mai 2010, dass die gefundenen tarifvertraglichen Lösungen noch Schlupflöcher aufwiesen, und wie soll konkret verhindert werden, dass Leiharbeitsbeschäftigte Stammebelegschaften zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen ersetzen?

43. Abgeordneter  
**Matthias W.  
Birkwald**  
(DIE LINKE.)

Bei wie viel Prozent der Verleihunternehmen nehmen die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit jährlich örtliche Prüfungen vor, und was sind die häufigsten festgestellten Mängel?

44. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Welche Ergebnisse hat das Prüfverfahren des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 40 und 41 auf Bundestagsdrucksache 17/494) bisher gebracht, insbesondere bezogen darauf, ob die Firma Schlecker im letzten Jahr durch die Kooperation mit der Leiharbeitsfirma MENIAR gegen die bestehenden Vorschriften der Leiharbeit verstoßen hat und ob die bereits bei MENIAR Beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter an Schlecker ausgeliehen werden?
45. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit zum Fall der Firma Schlecker vom 11. Januar 2010, die lautete: „Schlecker hat offenbar Stammebelegschaft entlassen, um sie dann in einer eigens gegründeten Zeitarbeitsfirma zu niedrigeren Löhnen wieder einzustellen. [...] Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verbietet so etwas nicht. Hier sind politische Entscheidungen nötig.“, und stimmt die Bundesregierung der Aussage zu, dass die Bundesagentur für Arbeit zwar die gewerberechtliche Zulässigkeit von Zeitarbeitsfirmen prüfen darf, aber gegen die von der Bundesregierung gewählte Definition eines missbräuchlichen Einsatzes von Zeitarbeit (siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Leiharbeit in Krankenhäusern“ auf Bundestagsdrucksache 17/1321) nicht vorgehen kann, weil das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) keine gesetzliche Definition eines derart definierten missbräuchlichen Einsatzes von Zeitarbeit kennt und damit auch kein Verstoß gegen das AÜG festgestellt werden kann?
46. Abgeordnete  
**Heidrun Dittrich**  
(DIE LINKE.)
- Wie definiert die Bundesregierung einen „unsachgerechten Einsatz“ von Leiharbeit, wenn neben der Personalplanung und der Gestaltung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten auch der „sachgerechte Einsatz“ der Zeitarbeit nach Auffassung der Bundesregierung gemäß ihrer Antworten auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. „Leiharbeit in Krankenhäusern“ und „Lohndumping-Leiharbeit von Redakteurinnen und Redakteuren in Zeitungsverlagen“ (Bundestagsdrucksachen 17/1321 und 17/1724) in der Verantwortung der Krankenhäuser und Zeitungsverlage liegt, und auf welche gesetzliche Regelung stützt sich die Bundesregierung bei ihrer Definition?

47. Abgeordnete  
**Katja Mast**  
(SPD)
- Welche konkreten Sparmaßnahmen im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wurden bei der Haushaltsklausur der Bundesregierung beschlossen, und welche Konsequenzen haben diese Festlegungen für die zukünftige Arbeitsmarktpolitik?
48. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gedenkt die Bundesregierung, die Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger (ALG = Arbeitslosengeld) künftig zu pauschalieren, und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung, die Pauschalierung regionalspezifisch auszugestalten?
49. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, angesichts der Tatsache, dass am 9. Februar 2010 das Bundesverfassungsgericht eine den Bedarf deckende transparente Ermittlung des ALG-II-Regelsatzes angeordnet hat, die nicht „ins Blaue hinein“ geschätzt ist, sicherzustellen, dass nicht durch eine eventuell geplante Pauschalierung der Kosten der Unterkunft das Existenzminimum unterschritten wird?
50. Abgeordneter  
**Hurbertus Heil**  
(Peine)  
(SPD)
- Sind Medienberichte zutreffend, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beabsichtigt – zusätzlich zum regulären Etat für Öffentlichkeitsarbeit –, externe Beratungsleistungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege in Höhe von 1,6 Mio. Euro zu vergeben?
51. Abgeordnete  
**Hilde Mattheis**  
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Sachverhalt, dass in vielen Tarifverträgen Aufstockungsregelungen vereinbart sind, die auf die Mindestnettoeträge nach der Mindestnettoetrags-Verordnung Bezug nehmen (trotz der seit 1. Juli 2004 möglichen Bruttoaufstockung und unabhängig von der geförderten Altersteilzeit) und dass die davon betroffenen Altersteilzeitbeschäftigten (die bis zum 31. Dezember 2009 Altersteilzeitverträge abgeschlossen haben) durch die unterlassene Aktualisierung und Anpassung der Mindestnettoetragsverordnung nicht von den finanziellen Vorteilen durch gesunkene Sozialversicherungsbeiträge und Steuern profitieren?

52. Abgeordnete  
**Hilde  
Mattheis**  
(SPD)
- Warum nimmt die Bundesregierung keine Aktualisierung der Mindestnettoeträge vor, damit alle Altersteilzeitbeschäftigten von den Senkungen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen profitieren, also auch diejenigen, deren Verträge (unabhängig ob vor oder nach dem 31. Dezember 2009 abgeschlossen) eine Inbezugnahme auf die Mindestnettoeträge beinhalten?
53. Abgeordnete  
**Silvia  
Schmidt**  
(Eisleben)  
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung die Zusage des Koalitionsvertrages zur Angleichung der Rentensysteme in Ost und West umsetzen, und für wann ist die Berichterstattung an das Parlament bzw. die Vorlage einer Gesetzesinitiative geplant?
54. Abgeordnete  
**Silvia  
Schmidt**  
(Eisleben)  
(SPD)
- Wurden in allen Ressorts der Bundesregierung „Focal Points“ im Sinne des Artikels 33 der Behindertenrechtskonvention (BRK) eingerichtet, und wie werden die mit den Verbänden von und für Menschen mit Behinderung für den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK definierten Handlungsfelder und Querschnittsthemen innerhalb der Ressorts der Bundesregierung abgestimmt?
55. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Welche privaten Rechtsträger, die, einschließlich durch das Internet, Dienste für die Allgemeinheit anbieten, hat die Bundesregierung seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland dringend aufgefordert, Informationen und Dienstleistungen in Formaten zur Verfügung zu stellen, die für Menschen mit Behinderungen barrierefrei zugänglich und nutzbar sind (siehe Artikel 21 Buchstabe c der UN-Behindertenrechtskonvention)?
56. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Publikationen hat die Bundesregierung seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention im März 2009 herausgegeben, und welche davon stehen auch in „leichter“ Sprache zur Verfügung bzw. sind als Gebärdensprachvideo auf der jeweiligen Webseite der Bundesbehörde vorhanden (bitte nach Bundesbehörden aufschlüsseln)?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

57. Abgeordneter  
**Heinz  
Paula**  
(SPD)                      Setzt sich die Bundesregierung für ein einheitliches Gütesiegel für Restaurants, z. B. orientiert am dänischen System, ein, damit jeder Besucher auf einen Blick sieht, was die Behörden von dem Restaurant halten?
58. Abgeordneter  
**Heinz  
Paula**  
(SPD)                      Wird die Bundesregierung in Anlehnung an die erfolgreiche Kampagne gegen „Schmuddellokale“ in Berlin-Pankow, und das Vorhaben des Bezirksamtes, im Abstand von einem halben bis zu zwei Jahren Hygienekontrolleure zu beauftragen, eine bundesweite Kampagne starten, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

59. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)                      Bestätigt die Bundesregierung Medienberichte, dass die Fregatte der Bundesmarine „Hessen“ zur Unterstützung eines US-Marine-Kampfverbandes um den Flugzeugträger „USS Harry S. Truman“ und um weitere Kriegsschiffe abkommandiert sein soll, der auf dem Weg zu der US-Navy-Flotte mit dem US-Flugzeugträger „USS Dwight D. Eisenhower“ ist, die bereits vor der Küste des Iran im Arabischen Meer stationiert ist und dass die deutsche Fregatte dem US-Kommando unterstellt werden soll, und wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung dies angesichts der Gefahr, dass das deutsche Kriegsschiff in einen drohenden Krieg mit dem Iran verwickelt wird?
60. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)                      Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Menschen, die seit Juni 2009 auf Initiative oder unter Mitwirkung der Bundeswehr oder anderer deutscher Stellen in Afghanistan in ISAF-Listen wie „JEL“ (Joint Effects List) mit oder ohne Zusätze wie „capture or kill“ aufgenommen wurden, über deren Festsetzung und ihr weiteres Schicksal oder ihre Tötung, und wie viele Angehörige oder andere Menschen kamen bei Operationen gegen die Gelisteten ums Leben?

61. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Inwiefern wird die Bundeswehr auch in den Jahren 2011 und 2012 das bilaterale Polizeiprojekt zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte mit dem Feldjägersausbildungskommando Afghan National Police (ANP) wie zurzeit in einer durchhaltefähigen Stärke von 45 Feldjägern unterstützen, und inwieweit ist ein personeller Aufwuchs geplant?
62. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wird die Bundeswehr das bilaterale Polizeiprojekt zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte in den Jahren 2010, 2011 und 2012 ausschließlich durch Feldjäger unterstützen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

63. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung, Einsparungen beim Elterngeld darüber zu realisieren, dass das Elterngeld für Transferempfänger oder Studierende gekürzt wird oder vollständig wegfällt, und wenn ja, wie hoch werden die dadurch erzielten Einsparungen nach Ansicht der Bundesregierung sein?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

64. Abgeordnete  
**Birgitt Bender**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Belastungen (absolut und prozentual) entstehen für gesetzlich Krankenversicherte mit Erwerbseinkommen zwischen 500 und 700 Euro, wenn, wie in der Presse berichtet, die Pläne des Bundesministeriums für Gesundheit, eine Pauschale von durchschnittlich 30 Euro einzuführen, umgesetzt würden und ein auf Antrag abgesenkter Beitragssatz von minimal 5 Prozent gilt?
65. Abgeordnete  
**Birgitt Bender**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wie stellt sich die Bundesregierung das Verfahren zum Nachweis der Bedürftigkeit aufgrund eines geringen Gesamteinkommens vor, das zu einer Ermäßigung des Beitragssatzes führen soll, und teilt sie die Einschätzung, dass für ein solches Verfahren

– laut einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung – jährlich mindestens 250 Mio. Euro Bürokratiekosten entstehen?

66. Abgeordnete  
**Elisabeth Scharfenberg**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welchem Weg (z. B. Steuererhöhung) will die Bundesregierung die in den Eckpunkten des Bundesministeriums für Gesundheit für eine Gesundheitsprämie mit sozial gestaffelten Beiträgen genannten zusätzlichen 6 Mrd. Euro zur Finanzierung der auf Antrag und nach Prüfung zu gewährenden Beitragssatzsenkung für gesetzlich Krankenversicherte erzielen, und wie verhält sich dies zum ursprünglichen Ziel der Bundesregierung, die Steuern zu senken?
67. Abgeordnete  
**Maria Klein-Schmeink**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie oft und in welcher Zusammensetzung hat die zur Erarbeitung des Konzeptes der Einführung einer sog. Kopfpauschale von der Bundesregierung eingesetzte Regierungskommission zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens getagt?
68. Abgeordnete  
**Maria Klein-Schmeink**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat die Kommission zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens, bestehend aus acht Bundesministern der CDU, CSU und FDP, das nun in der Presse dargelegte Konzept des Bundesministeriums für Gesundheit erarbeitet, bzw. wie war die Kommission in die Entscheidungsfindung einbezogen?
69. Abgeordneter  
**Harald Weinberg**  
(DIE LINKE.)
- Ist es richtig, dass zur Deckung der Fehlbeträge und Ausgabenwüchse in der gesetzlichen Krankenversicherung nun weder der Arbeitgeberbeitrag angehoben noch die Beitragsbemessungsgrenze erhöht werden noch ein steuerfinanzierter Sozialausgleich den geplanten Pauschalbetrag bei Geringverdienenden ausgleichen soll, und welche Maßnahmen sind stattdessen zu erwarten, damit – abgesehen von Sparmaßnahmen bei den Leistungserbringern – diese Kosten nicht allein von den Versicherten und den Patienten bzw. Gering- und Durchschnittsverdienenden getragen werden müssen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung**

70. Abgeordnete  
**Dr. Marlies  
Volkmer**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP von 2009 vereinbarte „Sicherstellung international wettbewerbsfähiger Betriebszeiten deutscher Flughäfen“ durch eine „erforderliche Präzisierung im Luftverkehrsgesetz“ dazu führt, dass Nachtflugverbot aufzuweichen und den Anwohnern mehr Nachtflüge zuzumuten?
71. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist es zu erklären, dass in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 16/12210 von ihr behauptet wird, dass zum Zeitpunkt der 1996 in Überarbeitung befindlichen Alkali-Richtlinie des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton noch nicht bekannt war, dass es auch durch die Verwendung von Festgesteinen (hier: Quarzporphyr) zu Treibreaktionsschäden kommen kann, wenn eine bestimmte zuschlagkritische Alkali-konzentration gegeben ist, obwohl dies bereits 1990 in der Veröffentlichung eines Prüfungsverfahrens (Report on the 2nd International Aggregates Symposium, Erlangen, October 22–27, 1990, pp. 305) betont worden war sowie von Sachverständigen der Materialforschungs- und -prüfanstalt Weimar (MFPA) (u. a. Dr. Gerhard Hempel) die Anwendung dieses Prüfverfahrens wiederholt angemahnt wurde, und kann davon ausgegangen werden, dass mit der Anwendung dieses Prüfverfahrens alle Treibreaktionsschäden nach 1996 hätten vermieden werden können?
72. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Aussage des Verkehrsministers von Sachsen-Anhalt Karl-Heinz Daehre vor dem Hintergrund der Baumängel an der Bundesstraße 6n, dass Vorschriften für die Verwendung von Straßenbaumaterialien (vgl. Volksstimme vom 7. Mai 2010) geändert werden müssen, und aus welchen Bundes- oder/und Landesmitteln wird nach aktuellem Kenntnisstand die Sanierung der Bundesstraße 6n bestritten?

73. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Unter welchen Voraussetzungen werden für Binnenwasserstraßen des Bundes, die der Wasserstraßenkategorie IV (Europawasserstraße) zugeordnet und damit für das Befahren mit Europaschiffen mit den maximalen Abmessungen von 85 m in der Länge, 9,90 m in der Breite und einem Tiefgang von 2,50 bis 3 m zugelassen sind, Ausnahmen für das Befahren mit Schubverbänden erteilt, und welche Abmessungen dürfen diese Schubverbände ggf. aufweisen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

74. Abgeordneter  
**Dr. Hermann Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchem deutschen CO<sub>2</sub>-Reduktionsanteil (in Prozent) würde eine Erhöhung des EU-Reduktionszieles von 20 Prozent auf 30 Prozent bis 2020 entsprechen?
75. Abgeordneter  
**Dr. Hermann Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welcher Bundesminister vertritt dazu in Brüssel die Meinung der Bundesregierung?
76. Abgeordneter  
**Garrelt Duin**  
(SPD)
- Wie ist die Position der Bundesregierung zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue leichte Nutzfahrzeuge im Rahmen der Gesamtstrategie der Gemeinschaft zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen und Pkw vom 28. Oktober 2009, und wie ist die weitere zeitliche Planung für die Entscheidungsfindung zwischen den beteiligten Bundesministern für den Fall, dass eine Position der Bundesregierung hierzu noch nicht feststehen sollte?
77. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche aktuellen wesentlichen Änderungswünsche an der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Juli 2009 veröffentlichten Endfassung der Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle liegen dem BMU von Seiten der Bundesländer vor (bitte mit länderspezifischer An-

gabe), und welche wesentlichen Änderungsvorschläge für die Sicherheitsanforderungen sind auf BMU-Leitungsebene vorgesehen?

78. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Eckpunkte für Nachrüstungen für Atomkraftwerke haben sich BMU, Kanzleramt und Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf Leitungsebene bereits geeinigt, und welcher weitere Zeitplan ist für die Festlegung der Nachrüstungen vorgesehen (bitte insbesondere mit Angabe bereits anberaumter Bund-Länder-Termine)?
79. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die wissenschaftliche Einschätzung des Sachverständigenrates für Umweltfragen und dessen Feststellung, dass die Umstellung auf 100 Prozent Stromversorgung durch erneuerbare Energien bis 2050 klimaverträglich, sicher und bezahlbar sei und für die Übergangszeit weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke erforderlich seien?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

80. Abgeordneter  
**René  
Röspel**  
(SPD)
- Wer wird als hochrangiger Vertreter Deutschlands in die vom europäischen Wettbewerbsrat beschlossene Task Force ITER entsandt, und bis zu welcher Summe darf dieser Vertreter finanzielle Zusagen für Deutschland machen?
81. Abgeordnete  
**Priska  
Hinz  
(Herborn)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Stimmt es, dass die Bundesregierung dem Land Schleswig-Holstein zugesagt hat, nach Abschluss des Bildungsgipfels das Land „allein im Bereich der Bildungsinvestitionen mit über 100 Mio. Euro p. a. aus Bundesmitteln dauerhaft zu entlasten“ (Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 17/240), und um wie viel kleiner oder größer ist diese Summe als der Betrag, der Schleswig-Holstein zugutekommen würde, wenn der Bund seine Zusage einhält, 40 Prozent der notwendigen Mittel für die zusätzlichen Bildungsausgaben aufzubringen, um das 7-Prozent-Ziel in 2015 zu erreichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

82. Abgeordnete  
**Karin Roth**  
(Esslingen)  
(SPD)
- An welche konkreten Reformen (z. B. Energiepolitik, Budgethilfe, Überarbeitung der Sozial- und Umweltstandards, interne Governance-Strukturen) hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Zustimmung zur Kapitalerhöhung der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) im Rahmen der Jahrestagung der AfDB vom 25. bis 28. Mai 2010 geknüpft (siehe BMZ-Pressemitteilung vom 25. Mai 2010), und welche konkreten Umsetzungsvorschläge wird das BMZ in den entsprechenden Governor's Dialogue einbringen?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

83. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung angesichts der jüngsten Debatten den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan?
84. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung hinsichtlich der Frage, ob die politische Einigung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Island auf dem kommenden Europäischen Rat am 17./18. Juni 2010 auf die Tagesordnung gesetzt wird, und wird die Bundesregierung dem in der Plenardebatte am 22. April 2010 von allen Fraktionen geäußerten Wunsch der Übereinkunft über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen Ausdruck verleihen?
85. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt es die Bundesregierung, dass auch 12 Stunden nach dem Überfall der israelischen Armee auf die Free-Gaza-Schiffe die deutsche Botschaft keinerlei Kontakt zu den entführten Aktivisten und Abgeordneten aufnehmen konnte, und sieht sie dies, wie den brutalen Angriff auf die humanitäre Flottille in internationalen Gewässern, nicht als Bruch des Völkerrechts, insbesondere des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen?

86. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)  
Wie bewertet die Bundesregierung angesichts des Angriffs auf die Free-Gaza-Schiffe mit mindestens neun Toten das EU-Assoziierungsabkommen mit Israel, und teilt sie die Forderung von Menschenrechtsexperten nach einem sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte nach Israel und einer Aussetzung des Assoziierungsabkommens aufgrund massiver Menschenrechtsverletzungen?
87. Abgeordnete  
**Annette Groth**  
(DIE LINKE.)  
Wie will die Bundesregierung ihre Forderung, die Blockade des Gazastreifens aufzuheben, umsetzen?
88. Abgeordnete  
**Annette Groth**  
(DIE LINKE.)  
Wie setzt sich die Bundesregierung konkret für die Freilassung der weiterhin inhaftierten palästinensischen Teilnehmer der Hilfsflotte ein?
89. Abgeordnete  
**Kerstin Müller (Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie bewertet die Bundesregierung den Angriff israelischer Marineeinheiten auf die Schiffe der Solidaritätsflotte „Free Gaza“ aus völkerrechtlicher Sicht?
90. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)  
Finden nach Auffassung der Bundesregierung die in Deutschland gültigen Menschenrechtsbestimmungen auch bei der Verfolgung von Schiffen Anwendung, von denen aus mutmaßlich oder tatsächlich Akte der Piraterie begangen wurden oder finden diese, erst nachdem diese Schiffe von deutschen Soldaten betreten wurden Anwendung, und besteht hinsichtlich der Gültigkeit von Menschenrechtsbestimmungen bei der Verfolgung und Verhaftung Piraterieverdächtiger Konsens unter den an der Mission ATALANTA beteiligten Staaten?
91. Abgeordneter  
**Volker Beck (Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welchen Stellenwert haben Menschenrechte wie Versammlungsfreiheit bei Demonstrationen zum 31. eines Monats in Russland (siehe [www.dw-world.de](http://www.dw-world.de)) oder der Moskauer Gay-Pride ([gayrussia.ru](http://gayrussia.ru)), das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren (siehe [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)) und die Straflosigkeit bei gewalttätigen Übergriffen auf Personen und das Verschwindenlassen von Menschen, z. B. im Nordkaukasus,



im Rahmen der Modernisierungspartnerschaft von Guido Westerwelle und Sergej Lawrow (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai 2010)?

92. Abgeordnete  
**Marieluise  
Beck  
(Bremen)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Umsetzung des Rechtes auf Versammlungsfreiheit in Russland, insbesondere vor dem Hintergrund der regelmäßigen Niederschlagung von Demonstrationen, die Menschenrechtler und Oppositionelle zur Durchsetzung des Rechtes auf Versammlungsfreiheit jeweils am 31. eines Monats durchführen, und wie thematisiert die Bundesregierung diese Bewertung gegenüber Russland im Rahmen bilateraler Beziehungen sowie auf der EU-Ebene?





